



Regierungsratsbeschluss vom 20. September 2022

Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK; Bundesbeschluss über einen Zusatzkredit für die Finanzierung von Vorhaben zur Erneuerung der strassenseitigen Autoverlade-Infrastruktur; Vernehmlassung

P220809

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK).

Begründung

Das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation führt eine Vernehmlassung zur Finanzierung von Vorhaben zur Erneuerung der strassenseitigen Autoverlade-Infrastruktur durch. Der Regierungsrat äussert sich zustimmend zur Vorlage, gemäss welcher der Bund die benötigten Investitionsbeiträge alleine finanzieren wird.

Gleichzeitig muss festgestellt werden, dass der Autoverlad den Motorisierten Individualverkehr vereinfacht und attraktiver macht, was eine Umstellung auf umweltfreundliche und ressourcenschonende Verkehrsarten, insbesondere auf den Öffentlichen Verkehr, verzögert. Ausserdem fliesst ein grosser Teil des (Verlade-)Fremdverkehrs aus der Richtung Südwest-Deutschland, Nordfrankreich, Holland oder Belgien über die bereits hochbelastete N2 durch die Region Basel. Deswegen regt der Regierungsrat im Antwortschreiben zu dieser Vernehmlassung zwei Anträge. Erstens soll statistisch aufgezeigt werden, über welche (National-)Strassen der Zubringer- und Transitverkehr zu den Autoverladen verläuft. Zweitens sollen Konzepte erarbeitet werden, mit denen die verkehrlichen Auswirkungen auf die vorgelagerten Anfahrtsregionen wie etwa Basel-Stadt reduziert werden können.

